



## Niederschrift

### 64. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 14.02.2007
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, R. 280 a

---

#### Anwesend:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Bretz, Steeven	CDU	bis 19:10 Uhr
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis 18:35 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

#### Gäste:

Herr Exner, GB 1  
Frau E. Müller, GB 3  
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4  
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation  
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam  
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam  
Frau Mitawi, Bereichsleiterin „Globales Lernen“ im Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V. und Herr Kindelberger, BBAG  
Frau Kluge, FB Ordnung und Sicherheit  
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.01.2007
- 2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung  
Vorlage: 06/SVV/0497  
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 3 Widerspruch gegen Betriebskosten  
Vorlage: 06/SVV/0893  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Aufsichtsratsbesetzung bei der Stadtwerke Potsdam GmbH  
Vorlage: 06/SVV/0924  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Städtepartnerschaft Potsdams mit Sansibar-Stadt  
Vorlage: 06/SVV/1020  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 6 Rechtmäßigkeit des Beschlusses zur Drs. 06/SVV/0835  
Vorlage: 06/SVV/1041  
Fraktion CDU
- 7 Combino-Straßenbahnen  
Vorlage: 07/SVV/0011  
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
  - 8.1 Information zum Personalentwicklungskonzept  
aus HA 14.12.06
  - 8.2 Zwischenbericht - nächtliche Schließung Freundschaftsinsel  
aus HA 11.10.2006
  - 8.3 Zeitschiene für Überarbeitung Uferwegekonzeption  
aus HA 24.01.07
  - 8.4 Kampfmittelberäumung auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 07/SVV/0036  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 9 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 24.01.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung des öffentlichen Teils, so der Oberbürgermeister, liege ein Antrag auf Rederecht der Fraktion DIE LINKE. PDS für Frau **Birgit Mitawi, Bereichsleiterin „Globales Lernen“ im Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V.** zum Tagesordnungspunkt 5 vor. Gegen die vorliegende Tagesordnung, einschließlich des Rederechts erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 63. Sitzung vom 24.01.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

#### zu 2 **Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung** **Vorlage: 06/SVV/0497**

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichten Anlagen zum Protokoll der letzten Sitzung und bittet Frau Bankwitz, sich zum weiteren Verfahren zu äußern.

Frau Bankwitz bestätigt, dass die von ihr gestellten Fragen beantwortet wurden, allerdings fehle die Zertifizierung. Sie kritisiert, dass sich die Verwaltung auf die Aussage der Softwarefirma, ihre Standards würden den Anforderungen des DO-MEA-Konzeptes entsprechen, verlassen habe. Darüber hinaus habe sich die Verwaltung für eine freihändige Vergabe mit nur einem Bieter entschieden, was aus ihrer Sicht hierbei nicht angebracht sei, denn man habe sich für den teuersten Bieter entschieden. Sie fragt nach, ob sich die Kosten auf eine Lizenz oder das gesamte Softwareprojekt beziehen und bittet, den Antrag abzustimmen.

Herr Dr. Pokorny beantwortet die Nachfrage und verweist darauf, dass die gesamte Stadtverwaltung dann mit dem System arbeiten könne.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein elektronisches Dokumentenmanagement zur Unterstützung der Archivierung und Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung einzuführen, um damit die Grundlage für effiziente und transparente Prozesse in unserer Verwaltung zu schaffen (s. Anlage).

Über erste Schritte der Umsetzung ist die SVV in der Septembersitzung (2006) zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1  
Ablehnung: 4  
Stimmenthaltung: 11

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

**zu 3 Widerspruch gegen Betriebskosten****Vorlage: 06/SVV/0893**

Fraktion DIE LINKE. PDS

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Paffhausen und bittet ihn um eine Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag. Herr Paffhausen verweist auf intensive Gespräche und ausführliche Verhandlungen zum Thema „Strom- und Wärmepreiserhöhung“, die ohne Kenntnis des Antrages der Fraktion DIE LINKE. PDS bereits geführt wurden. So habe es mit den Wohnungsgenossenschaften eine Verständigung gegeben und ein Kompromiss wurde ausgehandelt. Er bejaht die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob damit im Sinne des Antrags gehandelt wurde. Daraufhin merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass der Antrag erfüllt sei.

**zu 4 Aufsichtsratsbesetzung bei der Stadtwerke Potsdam GmbH****Vorlage: 06/SVV/0924**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister verweist auf die Diskussion in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und den dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP mit dem Wortlaut:

***In den Unternehmen SWP, KIS, VIP und Klinikum wird jeweils ein Aufsichtsrats-/ Werksausschussmandat unter den Fraktionen mit drei Mitgliedern per Losentscheid neu vergeben.***

Anschließend begründet Frau Bankwitz den Änderungsantrag mit der unverhältnismäßigen Besetzung der Aufsichtsräte und des Werksausschusses durch die Fraktion Grüne/ B 90 allein.

Herr Exner merkt dazu an, dass es zur vorliegenden Beschlussvorlage eigentlich keinen Änderungsantrag gebe, da die Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke ja jetzt erfolgen solle und die Änderung sich auf KIS, VIP und Klinikum beziehe. Die Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke erfolge nach § 50 Abs. 2 und 3 GO und ein anderer Modus könne nur gefunden werden, wenn eine oder zwei der Fraktionen mit drei Mitgliedern verzichte.

Für KIS, VIP und Klinikum stehe keine Neubesetzung an, wie es der § 50 Abs. 9 GO bei Ausschüssen vorsehe, wenn die Zusammensetzung nicht mehr den Verhältnissen der Stärke der Fraktion entspreche und ein Antrag auf Neubildung gestellt werde. Dieser Absatz gelte nicht für Unternehmensorgane, was sich wiederum aus § 104 Abs. 1 GO ergebe, in dem zwar ein Verweis auf § 50 Abs. 2 und 3 jedoch nicht auf den Absatz 9 vorhanden sei. Deshalb bestehe kein Anspruch auf Neubildung wie bei den Ausschüssen der StVV.

Damit müsste ein neuer Antrag gestellt werden, um die Aufsichtsräte/ den Werksausschuss von auf KIS, VIP und Klinikum neu zu besetzen, denn dem Änderungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP fehle der Bezug zur vorliegenden

Beschlussvorlage.  
Dem schließt sich Herr Schubert an.

Frau Bankwitz meint, man könne den Änderungsantrag auch umbenennen und „neu vergeben“ durch „neu besetzen“ modifizieren. Ihrer Fraktion gehe es um die Chancengleichheit der drei „kleinen Fraktionen“ und sie könne sicher dazu auch einen juristischen Nachweis führen.

Dem widerspricht der Oberbürgermeister und meint, wenn der Änderungsantrag inhaltlich sinnvoll sein solle, müsse er als Extra-Antrag neu gestellt werden; formal bestehe kein Zusammenhang mit dem Ursprungsantrag.

Herr Schüler verweist in seinen Ausführungen darauf, dass die Aufsichtsräte nicht für eine Wahl- sondern für eine Amtsperiode berufen werden. So seien KIS, VIP und Klinikum besetzt worden und müssten vor einer Neubesetzung erst abberufen werden. Das wiederum sehe er als Zeichen von Misstrauen und Unzufriedenheit mit der Arbeit der Aufsichtsratsmitglieder. Der Vorschlag der Verwaltung entspreche den geltenden Regularien und er sehe keinen Anlass, auf einen Sitz zu verzichten. Das wäre nur möglich, wenn sich die Fraktionen BürgerBündnis/FDP und die Fraktion Die Andere in angemessener Form an seine Fraktion wenden würde.

Frau Bankwitz erwidert darauf, dass die devote Haltung ihrer Fraktion sicher nicht der Maßstab für eine Regelung sein könne. Wenn die Fraktion Grüne/ B 90 nicht verzichte, könne man das nicht ändern. Für sie sei das aber auch Ausdruck von wenig Demokratieverständnis. Sie sehe in der Neubildung auch kein Misstrauensvotum an die Aufsichtsratsmitglieder, sondern ihrer Fraktion gehe es darum, an den Entscheidungen beteiligt zu werden

Herr Mühlberg verweist darauf, dass es bezüglich des Aufsichtsrates der Stadtwerke Konsens gebe und damit die Neubesetzung nicht zurückgestellt werden sollte. Er fragt nach, warum es so ist, dass Wahl- und Amtsperiode nicht übereinstimmen. Wenn man das nicht ändern könne, sei auch er gegen eine Abberufung ohne zwingenden Grund. Herr Exner antwortet darauf, dass sich die Laufzeiten aus den Gesellschaftsverträgen ergeben und über eine Änderung sich auch die „Harmonisierung“ von Wahl- und Amtsperiode herstellen lasse. Ob das allerdings sinnvoll sei, bleibe fraglich.

Herr Schubert meint, dass Frau Bankwitz seit 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sei und anderen nicht mangelndes Demokratieverständnis vorwerfen solle. Er könne sich nicht daran erinnern, dass die Fraktion BürgerBündnis in ähnlichen Situationen auf ihre Rechte verzichtet hätte.

Frau Kirchner verweist auf das Gespräch in der Pause der StVV, in dem andere Aussagen getroffen worden seien. Man könne das Anliegen nicht interpretieren, wie man wolle.

Dem widerspricht der Oberbürgermeister, da in diesem Gespräch die Notwendigkeit einer sofortigen Abstimmung in Rede stand. Er schlägt im Weiteren vor, dass es gemeinsam mit Frau B. Müller und Herrn Exner ein klärendes Gespräch gebe solle, um eine einvernehmliche Regelung herbeiführen zu können.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch; der Antrag wird zurückgestellt.

## zu 5 **Städtepartnerschaft Potsdams mit Sansibar-Stadt**

**Vorlage: 06/SVV/1020**

Fraktion DIE LINKE. PDS

Eingangs erhält Frau Mitawi, Bereichsleiterin „Globales Lernen“ im Verein Demo-

kratie und Integration Brandenburg e.V. das Wort und erläutert aus ihrer Sicht, warum Sansibar-Stadt sich besonders für eine Städtepartnerschaft mit Potsdam eignen würde, welche Kontakte bereits bestehen und welche konkreten Anliegen, Ziele und Partnerschaftsbereiche vorstellbar wären. Anschließend betont Herr Dr. Gunold, dass diese Städtepartnerschaft gewollt sein und nach Möglichkeiten der Umsetzung gesucht werden müsse. Herr Bretz führt aus, dass seine Fraktion als eine der Antragsteller keine Partnerschaft möchten, die mit knappen Mehrheiten beschlossen wurde. Deshalb die Gespräche darüber, wie man das umsetzen wolle und die Partnerschaft auf „breite Füße“ stellen könne.

Herr Schüler betont, dass auch die Fraktion Grüne/ B 90 ihr Interesse an einer Städtepartnerschaft mit der dritten Welt bekundet habe. Trotzdem sei auch nach der Rede von Frau Mitawi nicht klar, was gegenüber den beiden anderen Vorschlägen nur für Sansibar spreche. Dieser Vorzug sollte noch einmal geprüft werden.

Herr Mühlberg meint, dass der Vorschlag für eine derartige Städtepartnerschaft nicht neu sei, aber u.a. fehlende finanzielle Mittel bisher dagegen gesprochen haben. Das habe auch zu einer Begrenzung der Städtepartnerschaften per Beschluss geführt. Darüber hinaus seien im Antrag die notwendigen finanziellen Mittel nicht dargestellt, die aber unweigerlich zur Erhöhung der freiwilligen Ausgaben führen werden, was wiederum bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt nicht möglich sei. Bleibe man in dem jetzt zur Verfügung stehenden Budget, würde das zu Lasten der bereits bestehenden Partnerschaften gehen.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich den Ausführungen von Herrn Bretz an und betont, dass man hinter den erzielten Kompromiss, eine Partnerschaft mit einer Stadt der Dritten Welt einzugehen, nicht zurückgehen sollte. Jetzt sei die Frage zu diskutieren, ob es eine Städtepartnerschaft mit Sansibar oder einer anderen Stadt in der Dritten Welt geben solle und wie das Anliegen ausgefüllt werde. Daran anschließend betont der Oberbürgermeister, dass es viel Engagement koste, eine Städtepartnerschaft mit Leben zu erfüllen. Ihm sei allerdings Ziel und Ausrichtung der Partnerschaft mit Sansibar noch nicht deutlich.

Frau Bankwitz meint, dass die finanziellen Mittel nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten. Sie habe eher Bedenken, dass die Städtepartnerschaft nicht mit Leben erfüllt werde. Das bedarf neben dem Engagement auch eines großen Maßes an Vertrauen und Initiative von beiden Seiten. Vielleicht sollte die Anzahl der Partnerschaften zugunsten von Sansibar reduziert werden. Herr Schubert bittet, im Vorfeld eines Beschlusses eventuelle Möglichkeiten einer Kofinanzierung zu prüfen, um zu sehen, welche Projekte damit angeschoben werden können. Der Antrag sollte bis dahin zurückgestellt und nicht zerredet werden. Frau B. Müller stimmt dem Vorschlag der Akquirierung von Fördermitteln zu und bittet um eine Prüfung bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses. Im Weiteren sollte die BBAG eine Auflistung mit den Gründen erstellen, die für eine Städtepartnerschaft mit Sansibar gegenüber den beiden anderen Vorschlägen, die es im Vorfeld gegeben habe, sprechen. Eine Städtepartnerschaft zugunsten von Sansibar aufzugeben, sei ein Armutszeugnis für die Stadt.

Frau Kirchner macht darauf aufmerksam, dass im Antrag von „geeigneten Schritten“ die Rede und damit auch die Finanzierung gemeint sei. Anschließend können die Stadtverordneten informiert werden und eine Entscheidung treffen. Bis dahin sollte mit dem Antrag positiv umgegangen werden.

Frau Dr. Sommer erläutert anschließend den Antrag aus Sicht der Verwaltung und betont, dass es oft die kleinteiligen Schwierigkeiten in der praktischen Arbeit seien, die es schwer machen, eine Städtepartnerschaft mit Leben zu erfüllen. Darüber hinaus scheitern zahlreiche Projekte an den finanziellen Rahmenbedingungen und bereite es Schwierigkeiten, engagierte Bürger dafür zu finden. So mussten in der Vergangenheit mehrfach Bürgerreisen mangels Teilnehmer abge-

sagt werden. Viele Städte hätten ein großes Interesse an einer Partnerschaft mit Potsdam, so u.a. die Städte Minsk, Russe und Niś. Fast monatlich kämen weitere Anfragen und Städte aus Spanien, der Türkei und China hätten ihr Interesse ebenfalls bekundet. Bisher habe man sich an die Begrenzung der Partnerschaftsbeziehungen gehalten, die 1996 beschlossen worden sei. Wenn eine Partnerschaft mit Sansibar in Betracht gezogen werde, müsse man auch klären, wie mit den anderen Anfragen umgegangen werden solle.

Der Oberbürgermeister stellt im Ergebnis der Diskussion fest, dass er von keiner Seite ein „auf keinen Fall“ bezüglich der Partnerschaft gehört habe, jedoch die Frage „warum Sansibar“. Deshalb schlage er vor, das noch einmal abzuwägen und anschließend erneut zur Diskussion zu stellen, auch unter dem Aspekt des erforderlichen Engagements der Stadt, den finanziellen und organisatorischen Auswirkungen auf die Verwaltung und, dass das nicht nur an der Stadt „hängen bleibe“, sondern in enger Zusammenarbeit mit der RAA und der BBAG erfolge. Er bittet Frau Mitawi, die Rahmenbedingungen klarer darzustellen und schlägt vor, den Antrag am 28. Februar im Hauptausschuss erneut zu diskutieren.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt dem Verfahrensvorschlag zu, bittet aber, in 14 Tagen dann auch eine Entscheidung zu treffen und das Verfahren weiter an den Hauptausschuss zu binden, der eine entsprechende Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung geben werde. Herr Schubert bittet, die Informationen so auszureichen, dass die Gelegenheit bleibe, sich damit vertraut zu machen und in den Fraktionen zu besprechen.

Sollten danach noch Fragen offen sein, so der Oberbürgermeister, sollten ihm diese im Vorfeld zur Kenntnis gegeben werden.

#### **zu 6      Rechtmäßigkeit des Beschlusses zur Drs. 06/SVV/0835**

**Vorlage: 06/SVV/1041**

Fraktion CDU

Herr Bretz führt dazu aus, dass es bei dem Antrag nicht um eine Wiederbelebung der „Hornbach-Diskussion“ gehe, sondern um eine Klarstellung, wann ein Antrag zurückgezogen werden könne und wann nicht. Mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage sei dem Anliegen Rechnung getragen und der Antrag insofern durch Verwaltungshandeln erledigt.

#### **zu 7      Combino-Straßenbahnen**

**Vorlage: 07/SVV/0011**

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Weis, Geschäftsführer der ViP. Anschließend führt Herr Exner zu dem Antrag aus, dass man sich diesbezüglich die bestehenden Verträge anschauen müsse um zu wissen, was man bekommt, wenn zum jetzigen Zeitpunkt die Combinos zurückgegeben werden. Bisher sei man sich im Aufsichtsrat einig, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, um von den vertraglichen Regelungen Gebrauch zu machen.

Bezüglich der Gewährleistung informiert Herr Weis, dass alle Fahrzeuge „aus der Frist heraus seien“ und die Gewährleistung auch erfolgte.

Die Nachfrage von Frau Bankwitz, ob die Gewährleistung mit der Abnahme der Fahrzeuge beginne und ob er mit den Gewährleistungsbedingungen „leben könne“, bejaht Herr Weis und begründet den zweiten Teil der Frage mit seiner Unterschrift unter dem Vertrag.

Anschließend **zieht** Frau Bankwitz den **Antrag zurück**.

## **zu 8        Mitteilungen der Verwaltung**

### **neu        Freizeitbad**

Herr Paffhausen informiert, dass es seit der letzten Berichterstattung keine Änderungen bezüglich des Inhalts und der finanziellen Auswirkungen des Freizeitbadbaus gegeben habe. Die ILB habe ein Unternehmen mit einem Gutachten beauftragt, welches sich mit der Bitte um weitere Informationen an die Stadtwerke gewandt habe. Auf Nachfrage von Frau Bankwitz benennt Herr Paffhausen als beauftragtes Unternehmen die Firma Altenburg, die eine renommierte Firma in diesen „Dingen“ sei.

### **zu 8.1    Information zum Personalentwicklungskonzept**

aus HA 14.12.06

Der Oberbürgermeister verweist auf die Diskussion im Hauptausschuss am 14.12.2006 und die Nachfragen bezüglich der externen Stellenbesetzungen. Herr Exner führt anschließend aus, dass es einen grundsätzlichen Einstellungsstopp gebe, aber auch ein Einstellungskorridor vorhanden sei. Seitens der Fachbereiche sei der Abbau stellenplankonkret bis zum Jahr 2010 benannt. Dies habe dazu geführt, dass die Höhe der Personalkosten 2007 trotz Tarifierhöhung gegenüber 2006 nicht angestiegen sei.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass die quantitativen Aufgaben mitgeteilt wurden aber nicht, welche fachlich inhaltliche Basis diese Entwicklung habe. Einerseits stehe die Frage, wie sich der Stellenabbau mit den Anforderungen an eine moderne Verwaltung vertrage und andererseits werde in den Fachausschüssen oft ein Personalmangel als Begründung für nicht erfüllte oder erfüllbare Aufträge angeführt. Sie habe das Gefühl, dass das gemacht werde, was nach Sammelnachweis 4 möglich ist.

Der Oberbürgermeister weist das entschieden zurück, denn das wäre zu „kurz gegriffen“. Die Frage sei, ob das Personal quantitativ und qualitativ in der Lage ist, die Aufgaben zu erfüllen. Diesem Anspruch werde die Verwaltung u.a. mit Organisationsuntersuchungen gerecht.

Frau Bankwitz meint, dass ein qualitatives Personalentwicklungskonzept mehr erfordere als die Zahlen aussagen. Vielleicht wäre das Ziel der Senkung der Personalkosten auch mit anderen Maßnahmen und Perspektiven für die Mitarbeiter erreichbar. So bleibe es eine Glaubensfrage, ob der Weg richtig sei. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass das Personalentwicklungskonzept ein Steuerungsinstrument sei und er erfahren wolle, nach welchen Grundsätzen und inhaltlichen Schwerpunkten diese Steuerung erfolge.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, dafür einen gesonderten Tagesordnungspunkt in einer der Hauptausschusssitzungen bis April d.J. zu planen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

### **zu 8.2    Zwischenbericht - nächtliche Schließung Freundschaftsinsel**

aus HA 11.10.2006

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass sich die seit November 2006 ergriffenen Maßnahmen der nächtlichen Schließung der Freundschaftsinsel und die zweimalige nächtliche Bestreifung bewährt haben. Seitdem habe es nur vier



Vorfälle gegeben, die ein Eingreifen der Sicherheitskräfte erforderten und damit auch einen drastischen Rückgang der Alarmmeldungen. Somit gebe es keine Beschädigungen an Bänken und Skulpturen und auch die Pflanzen und Bäume konnten sich entsprechend erholen. Bei den potenziellen Nutzern der Freundschaftsinsel sei die Maßnahme gut angekommen und es habe keinerlei Beschwerden oder Proteste von Bürgern gegeben, so dass man die Maßnahme in den Sommermonaten fortsetzen werde.

### **zu 8.3 Zeitschiene für Überarbeitung Uferwegekonzeption**

aus HA 24.01.07

Frau Dr. von Kuick-Frenz avisiert die Vorlage einer überarbeiteten Uferwegekonzeption, die die neuen Ortsteile einschlieÙe, für das Jahr 2010. Bei dem auch jetzt schon bestehenden Handlungsbedarf werde die Verwaltung punktuell reagieren. Sie informiert auf Nachfrage, dass es noch nicht für alle Uferzonen B-Pläne gebe, diese jedoch sukzessive abgearbeitet werden.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es auch in anderen Bereichen zu ähnlichen Problemen wie am Griebnitzsee kommen könne, bejaht der Oberbürgermeister und versichert, dass es entsprechende Informationen und Vorlagen für die Stadtverordneten gebe, wenn es „kritisch werde“.

### **zu 8.4 Kampfmittelberäumung auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 07/SVV/0036**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister bittet, zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage Nachfragen zu stellen. Anschließend beantwortet Frau Kluge die Nachfragen von Frau B. Müller, was russische Behelfsbomben seien und von Herrn Dr. Scharfenberg und Herrn Schubert zur Zeitschiene der Kampfmittelberäumung. Frau Kluge verweist im Weiteren darauf, dass die in der Vorlage genannten finanziellen Mittel der Anteil der Stadt für Maßnahmen sei, wie z.B. bei der Evakuierung die Beschilderung, der Einsatz von Shuttlebussen etc.. Das „eigentliche Geld“ für die Kampfmittelberäumung liege beim Kampfmittelberäumungsdienst und nicht bei der Stadt. Auf die Nachfrage, wie lange es dauern werde, bis die Beräumung generell abgeschlossen sei, antwortet der Oberbürgermeister, dass das von der Unterstützung des Landes abhängige. Allerdings meine er, man sei mit der vorliegenden Systematisierung schon einen Schritt weiter und müsse nun nicht mehr ad hoc z.B. aus Anlass von Bauarbeiten reagieren. Er verweist darauf, dass die Stadt nur für öffentliche Grundstücke zuständig sei und bei Privatgrundstücken der Eigentümer die Verantwortung trage.

### **neu Haftung bei Sturmschäden**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass durch den Orkan „Kyrill“ 107 Bäume in der Stadt „zu beklagen“ seien, davon allein 45 im Park des Marquardter Schlosses. Bis zum 08.02.2007 seien keine Haftungsansprüche bei der Stadt geltend gemacht worden; bei Windgeschwindigkeiten über 200 km/h würde diese auch entfallen.

### **neu Glückwünsche zum 100. Geburtstag**

Der Oberbürgermeister nimmt Stellung zu den Pressemeldungen bezüglich des Glückwünschschreibens zum 100. Geburtstag an Hermann Wohlgethan. Er erläutert das dafür übliche Verfahren in der Stadtverwaltung und informiert, dass er auf

Grund der Information zur Richter-Tätigkeit in der ehemaligen DDR von einer persönlichen Gratulation abgesehen habe. Allerdings sei ihm nicht bewusst gewesen, dass Herr Wohlgethan so „unreflektiert“ zu seiner Vergangenheit stehe und hätte mit dem jetzigen Wissensstand auf ein Glückwunschsreiben verzichtet. Er habe zahlreiche Anrufe von Opfern dieses Richters erhalten und bedauere den entstandenen Eindruck der Verhöhnung.

Herr Bretz bedankt sich beim Oberbürgermeister für diese Klarstellung, die richtig und unterstützenswert sei.

Herr Dr. Scharfenberg meint, er sei damit nicht einverstanden, denn die Glückwünsche bewerten nicht die Persönlichkeit eines Menschen, sondern allein das Jubiläum – in diesem Fall einen 100. Geburtstag. Er hätte sich etwas mehr Zurückhaltung in dieser Angelegenheit gewünscht.

Herr Schubert fragt nach, ob der bei ihm entstandene Eindruck richtig sei, dass das Verfahren bezüglich der Gratulation in Frage gestellt sei. Der Oberbürgermeister verneint das; die Praxis der persönlichen Gratulation werde beibehalten und es werde trotz des Vorfalls auch zukünftig keine „Schnüffelei“ in der Vergangenheit von Jubilaren geben.

Frau Bankwitz betont, dass das die Entscheidung des Oberbürgermeisters und nicht der Stadtverordnetenversammlung sei und bittet, die Debatte zu beenden.

## **zu 9      Sonstiges**

### **Denkmalbereichssatzung Kartzow**

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die vorliegende dritte Unterschriftensammlung zur Denkmalbereichssatzung Kartzow, in der sich mehr als 50 % der Einwohner gegen diese Satzung ausgesprochen haben. Er meint, die Verwaltung solle dieses eindeutige Votum respektieren und die Arbeit an der Denkmalbereichssatzung einstellen. Herr Schüler spricht sich gegen diesen Vorschlag aus, weil eine derartige Satzung nicht nur für die unmittelbar Betroffenen erlassen werde, sondern generell für einen Denkmalbereich. Das Votum der Betroffenen könne nicht für den Erlass entscheidend sein.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Satzung im Geschäftsgang bleibe und sich die Stadtverordneten dann entsprechend äußern können.

### **Science Center/Denkhaus**

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf die Antwort einer Kleinen Anfrage, in der mitgeteilt wurde, dass in absehbarer Zeit über das Science Center informiert werde. Sie fragt, was man sich künftig unter diesem Projekt vorstellen dürfe und, ob der Oberbürgermeister an dem Projekt festhalte.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, über den aktuellen Stand in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu informieren.